



## Deutsches Reich.

**■ Berlin, 7. Februar.** (Neuaufführung der berufsgenossenschaftlichen Referenzfonds.) Wenn die Vorlesungen über die Neuaufführung der berufsgenossenschaftlichen Referenzfonds dem Wortlaut des Gesetzes noch zur Ausführung zu bringen wären, so würden diejenigen Genossenschaften, welche in den elf Jahren ihres Bestehens über die früheren gesetzlichen Anordnungen hinzugehenden Summen in den Referenzfonds angehäuft haben, geschädigt werden, da die jüngsten Beschlusseungen bis dahin nicht berücksichtigt worden waren. Das Reichs-Versicherungskomitee hat jedoch eine Entscheidung getroffen, wonach die Frist, die definitivlich in den ersten drei Jahren zu erledigen waren, nur für die Summen der Referenzfonds zu erledigen sind, welche auf Grund der früheren gesetzlichen Anordnungen hätten angehäuft werden müssen. Damit ist einer Ungerechtigkeit beigelegt, die aus dem bloßen Wortlaut des neuen Urfallverhinderungsgegesetzes infolge unzureichender Worte entstehen müßten, als grobe Genossenschaften, welche sich gehörige Opfer, als dem Gesetz vorgeschrieben, auferlegt hatten, dafür noch dadurch bestraft werden, daß sie nach nächsten Jahren die verhältnismäßig größten Beiträge als die anderen Genossenschaften für die Referenzfonds aufzuhäufen gehördt wären. Durch die Entscheidung des Reichs-Versicherungskomites ist nur der Gerechtigkeit Genug gegeben. Da in diese stehenden Genossenschaften werden nunmehr im Gegenteil die Früchte ihrer früheren Opferwilligkeit genommen. Von dem fünfzig zu erledigenden Referenzfondshäufen werden nämlich die Summen der bisher angehäuften Fonds in Abzug gebracht werden, es brauchen also beispielhaftes in den ersten drei Jahren nicht die ganze 10 Prozent umgelegt, es können vielmehr hierauf die Summen abgezogen werden. Infolge dessen werden diejenigen Genossenschaften, welche bereits große Referenzfonds haben, ganz naturgemäß in Vorbehalt gegenüber den anderen gehalten. Es kann sogar bei solchen Genossenschaften, welche ganz bedeutende Summen angehäuft haben, der Fall eintreten, daß in Folge der Höhe ihrer Referenzfondshäfen am Schluß der Neuaufführungssperiode überhaupt keine Umlage mehr vorliegt, der Referenzfondshäfle ist erheben genötigt sein werden. Mit dieser Regelung der Angelegenheit ist förmlich auch im Sinne der Gesetzgeber verfahren.

**■ Berlin, 7. Februar.** Wie groß die Zahl der Reichstagsabgeordneten ist, welche trotz der Dämmerschäfte in der Reichsvertretung gleichwohl Dienstabschlägen erhalten, weiß die Mitglieder von Landesvertretungen fast, ergibt sich aus der jüngst erschienenen Statistik der letzten Wahlen zum Abgeordnetenkammer (bearbeitet von Regierungsrat Curt). Danach sind nicht weniger als 110 Abgeordnete, über ein Viertel der Gesamtzahl, zugleich Mitglieder des Reichstages. Diese Deputatenten sind verhältnismäßig am zahlreichsten (mit 30 von Hundert) bei der freisinnigen Volkspartei; nämlich dem (mit 47,00) bei dem Zentrum und (mit 46,15 vom Hundert) bei den Sozialen, während von den freiconservativen, nationalliberalen und conservativen Abgeordneten verhältnismäßig nur wenige (16,35 bzw. 14,05 und 13,10 vom Hundert) die erwähnte Doppelfunktion auf ihre Schultern genommen haben. Die Conservativen in Abgeordnetenanzahl zählen also 19, die Freiconservativen und Nationalliberalen je 10, die freisinnige Vereinigung 3 (27,27 vom Hundert), die freisinnige Volkspartei 20, das Zentrum 47, die Sozialen 6 und die "Wilen" 3 Träger von Deputatenten. Würde man auch von anderen Landtagen eine ähnliche Statistik aufnehmen, so würde man leicht erkennen können, daß besonders auf der linken und im Centrum noch zahlreiche Deputatenten vorhanden sind. Bei Einschätzung von Dämmen müßte fernerberücksichtigt werden, daß der berühmteste in Berlin wohnende Abgeordnete, der Zahlung von Taggeldern verzögert werden — bewirkt der "Gen. Gottsch." hierzu. Man läßt also bereit wie sich richten.

— Den Berliner Stadtverordneten ist folgendes Dankesbriefe zugegangen:

Den Stadtverordneten Seiner Majestät und Reichsstadt Berlin dankt Ich vielmals für die Glück- und Segenswünsche, welche Sie mir bei dem unter so schmerzlichen Erfahrungen erfolgten Eintritt in ein neues Lebensjahr in der Woche vom 27. d. R. übergebracht haben.

Oskar, den 30. Januar 1901.

Wilhelm, R.  
— Kann hat der Kaiser englischen Boden verlassen, so beschäftigt sich die englische Presse bereits mit neuen Verhandlungen. Der "Standard Guard" steht bereits mit Kaiser Wilhelm hätte dem König versprochen, ihn, falls es die Staatsgeschäfte erlaubten, im Herbst in Balmoral zu besuchen.

— Vor der heutigen Plenarsitzung des Bundesrates berichtet der Ausschuß für Handel und Gewerbe.

— Die "Athen. Zeit." schreibt: Das nationalistische "Echo de Paris" verbreitet, der durch Französische Botschafter Marquis de Roquale wurde bewußt in den Kubanstaat treten und durch den Botschaftsamt in Washington, D. C., erlegt werden. Nach

dem von uns eingezogenen Erlassungen ist hier in Berlin von einer solchen Rücktrittsabsicht des Marquis de Roquale nichts bekannt. Der Botschaftsamt verstand, in seiner heutigen fast flüssigen diplomatischen Tätigkeit sich eine verbindliche Vertragsstellung zu erwerben, und er ist auch momentan nicht vom deutschen Kaiser mit besonderem Wohlwollen ausgestattet worden. Doch zur Zeit in jener Hinsicht befriedigende Verhandlungen zwischen der deutschen und der gegenwärtigen französischen Regierung bestehen, daran hat Marquis de Roquale einen weiten Anteil. Er erfreut sich ungemein hoher Freiheit und Rücksicht, und so ist nicht anzunehmen, daß er seinerseits das Bedürfnis habe sollte, in den Kubanstaat zu treten. Sein Aufsehen würde in der wichtigen amtlichen Welt wie in der Berliner Gesellschaft lebhaft beobachtet werden.

— Im Bericht mit Österreich betreffend die Auslieferung strafrechtlich verfolgter Personen waren Zweifel darüber entstanden, inwieweit die strafrechtliche Verfolgung einer Person in dem Lande, nach welchem sie aufgehetzt war, zulässig sei. Zur Lösung dieser Zweifel haben sich die beteiligten Regierungen über folgende Punkte geeinigt. Ist eine Auslieferung wegen mehrerer Straftaten nachgewiesen, so muß die Verfolgung des Ausgelieferten jenseits innerstaatlich bestehen, obwohl der Auslieferungsbestimmung ein ausdrücklicher Vorbehalt auf Nichtbelastung wegen einzelner Straftaten gemacht ist. Einem derartigen Vorbehalt ist es gleich zu achten, wann die Auslieferung wegen einzelner Straftaten aus dem Grunde ausdrücklich abgelehnt ist, weil bezüglich dieser eine Auslieferungspraxis nicht begründet ist. Soll eine Auslieferungsanfrage nicht in vollem Umfang entschieden werden, so ist die Auslieferung nicht früher in Vollzug zu legen, als bis durch Rückfrage festgestellt ist, daß der Auslieferungsantrag trotzdem beurtheilt werden darf. Wenn die Auslieferungsanfrage nicht in vollem Umfang entschieden werden, so ist die Auslieferung nicht früher in Vollzug zu legen, als bis durch Rückfrage festgestellt ist, daß der Auslieferungsantrag trotzdem beurtheilt werden darf.

Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat die königlichen Eisenbahndirektionen aufgefordert, erneute Verfude mit einer Neuregelung der Geschäftsführung auf den Personenbahnen zu machen und ihnen dabei einen Antrag auf einen Partier Reisebericht zur Kenntnisnahme zugestellt.

Daneben sind die Vorlesungen auf allen Bahnhöfen einheitlich in gleicher Größe und Eilen mit einem Eigengewicht von 100 kg hergestellt. Sowohl diese Ratten haben nebenaner auf den Bahnhöfen, wo leider überaus vorhanden sind, bis. Sie können in der Regel das Gewicht nur eines Kofferwagens oder einer Reisegepäck auf und werden zu dem Zweck bis an die Ende der Straße vorbereite Dreiecke herangeführt. Der Geplauderte führt von hier durch den Vorhof des Bahnhofs zu den in den Enden eingelassenen Wagen. Raddens Kette und Bagage erwarten, daß der Kofferwagen mit 100 kg in Abzug gebracht, erfolgt die Weiterbeförderung zum Bahnzug. Da mehrere Wagen nebeneinander liegen, auch befinden Bräute das Wagen beitreten und damit durch Wegeleitung den Gepäckträgern mithilfen, so geht die Absetzung recht von selbst.

— In der heutigen Sitzung der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses wurde der Vorstand entgültig gewählt und zwar zum ersten Vorsitzenden Abg. Dr. Preuß, zum zweiten Vorsteher und Geschäftsführer Abg. v. Chauvin. Der neuwählte Vorstand besteht aus den Abgeordneten: Dr. Krieger, Jägermann, Holtermann, Dr. Krause, Dr. Sattler, Schmeid und Wallerath. Zu Schriftführern wurden gewählt die Abgeordneten: Hadenberg, Lindenberg und Woss. — Da Abg. v. Chauvin den Vorstand in der Kammerkommission führt und in Folge dessen seine Zeit in Aufspruch genommen wird, tritt Abg. Jungheim als zweiter Vorsitzender im Vorstand ein.

— Die Kammerkommission wird sich morgen einzusetzen und ihre erste Sitzung voraussichtlich am nächsten Mittwoch, den 13. Februar, abhalten.

— Der preußische Hofgerichtsrat wird in seiner nächsten Sitzung sich mit der Frage beschäftigen, in wie weit die Bekanntmachung der Sonntagsruhe auf die Apotheker Anwendung haben können. Erster Berichterstatter ist Apotheker Thielman-Dölling.

— Der Deutscbe Ostmarken-Verein zählt jetzt 22.000 Mitglieder, die sich auf 216 Ortsgruppen verteilen. Auf bejornten glänzenden Böden führen die Betreibungen des Vereins während des letzten Jahres in Städten, wo die Anzeichen der Arbeitslosigkeit gegen die Polenization immer kräftiger zu Tage treten.

— Die jüdischen Elementarschulen in Preußen sind nach einer Erholung des Oberaufsichtsgerichts öffentlich Volksschulen, welche die an diesen Schulen ausgestellten Lehrer hinsichtlich ihres Dienstleistungswertes der Zahlung der Gemeindesteuer bestellt sind. Berankunft worden ist diese Einsichtnahme dadurch, daß ein jüdischer Lehrer von seinem Magistrat in einer damaligen Stadt zur Zahlung von Gemeindesteuer veranlagt wurde. Der Lehrer erhob Einspruch dagegen bei dem

Freistaat und bei dem Bezirkstaat, jedoch vergeblich. Das von angeregter Oberaufsichtsgericht hältte dann obiges Urteil und führte aus, daß die Vereinigung von der Gemeindesteuer allen an öffentlichen Volksschulen angestellten Lehrern ohne Rücksicht auf den religiösen Charakter der Schule und ohne Rücksicht auf das Bekennnis des Lehrers geltend.

— Auch der Königlicher jüdischen Gemeinde haben, dem in diesem Falle gewiß gut unterrichteten "Berl. Tagebl." gefolgt, auch die Gemeinden von Berlin, Frankfurt a. M., Hanover, Stettin, Bremen und eine sehr große Anzahl Gemeinden kleinerer Städte eingehende Bemühungen bezüglich der Geschäftsführung und der Behandlung von Anträgen und Anfragen in einer nicht-deutschen Sprache auch auf den rechten Ton der jüdischen Anerkennung finden. Die deutsche Volkssprache jedoch, davon festzuhalten, daß Probe zum ersten Vorsitzenden gewählt werde.

— Blätterausstellungen folgen sollen die beiden Berliner Theatervereine Dumbrath und Regierungsdressfresser sowie ihre Verfolgung nachgejagt haben.

— Die Annahme, daß nur verhältnismäßig wenige Volksschüler als Einjährig-Freiwillige einzogen, ist die höchste Zeit in das Jahr eintreten würden, erweist sich ancheinend als nicht zurecht. In Bayern genügen gegenwärtig 132 Volksschüler ihrer militärischen Dienstpflicht, davon 93 als Einjährig-Freiwillige und 39 als Staatsdienstjährige. In Württemberg und Schwaben werden ebenfalls Einjährig-Freiwillige eingesetzten, in Unterfranken mit Ausnahme von zwei und in der Oberpfalz mit Ausnahme von einem. Bei der Auszählung der Einjährig-Freiwilligen, welche die Offiziersaspiranten zu beurtheilen dürften, wurden im 14. Infanterie-Regiment in Nürnberg von 85 Soldaten neun neue zugestellt. In Oesterreich bringt eine erhebliche Zahl von Volksschülern das Offiziersatavant, von den Befähigten des deutsch-böhmischen Landesverteidigungszuges zum Beispiel nicht weniger als 95.

— Wie der Landwirtschaftsminister in der Sitzung des Kontrollkommunikationsministeriums mitteilte, ist das geforderte Befreiung gegen den Contract bruk bei ländlichen Arbeitern so weit fortgeschritten, daß ein beraus befreiter Gewerbeamt bereit ist, dem Staatsministerium zur Verfügung vorzulegen.

— Die Stadtverordneten beschließen in geheimer Sitzung mit 58 gegen 55 Stimmen, den Posten des zweiten Bürgermeisters nicht anzustreben.

— Düsseldorf, 7. Februar. Die sogenannte Gesetzesformung der sozialen Deutschland wird im Augenblick, und zwar in den gesetzlichen, von dem vor einigen Tagen verabschiedeten Gesetzesentwurf, der die Gewerkschaften am Gewerbeamt am Gütekennzeichnung verhindern soll, die Gewerkschaften noch erheblich einschränken werden. Die Gewerkschaften werden mit 100 Personen, soll jedoch die Gewerkschaftenlang noch erheblich einschränken werden. Die bestehenden Verhältnisse werden durchschnittlich von 11–13.000 Personen belaufen.

— Tortmund, 7. Februar. "Gemeinf" Bredenbeck, Abgeordneter der "Reichs-Sozial-Partei," in Dortmund, wurde wegen Beleidigung der Volksschule zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt und sofort verhaftet.

— Köln, 7. Februar. Nach einer Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse der sozialen Schulen zur Schule gemacht, in welchen Verhältnis von nun an ein Kind mit 50 zu einem anderen befindet, können einige Schülernebenstellen vorübergehend vorhergehen. Der Schule ist durch die Gewerkschaften und der christlich-sociale Vereinigung vereinigt sich auf ein Programm, in dem die Deutschen als unerlässliche Voraussetzung eines ordnungsmäßigen Gangs der Arbeit des Hauses bestehen, doch die Gewerkschaften in West und Ost auf das Gewerkschaftsrecht aufgelegt werden, und sich bereit erklärt, eine Gewerkschaft aus ihrer Mitte, der eine solche Durchbildung der Gewerkschaftsarbeit verleiht, zu unterstützen. Das Programm enthält verschiedene Bestimmungen bezüglich der Durchbildung der Gewerkschaftsarbeit, und besteht als unerlässlich, daß die katholische Partei des Abgeordnetenhauses verpflichtet müßten, die Gewerkschaften der parlamentarischen Abgeordneten zu befreien, um eine faire Eintheilung der Gewerkschaften zu ermöglichen, um eine gerechte Ausbildung der Gewerkschaftsarbeit zu unterstützen. Das Programm enthält verschiedene Bestimmungen bezüglich der Durchbildung der Gewerkschaftsarbeit, und besteht als unerlässlich, daß die katholische Partei des Abgeordnetenhauses verpflichtet müßten, die Gewerkschaften der parlamentarischen Abgeordneten zu befreien, um eine faire Eintheilung der Gewerkschaften zu ermöglichen, um eine gerechte Ausbildung der Gewerkschaftsarbeit zu unterstützen.

— Wien, 7. Februar. Die deutschen Parteien der Linken haben eine Petition der Vertreter der deutschen Parteien mit Aufnahme des Titels "Die Vertreter der deutschen Parteien mit Aufnahme des Titels" für Präsidenten des Abgeordnetenhauses aufgestellt, wenn die Gewerkschaften nicht stimmen. Es steht entgegnet, wenn Präsidenten stimmen, werden die Gewerkschaften nicht stimmen. Der Präsident ist für die Gewerkschaften ein, um die Arbeit für die Gewerkschaften zu unterstützen. Das Programm enthält verschiedene Bestimmungen bezüglich der Durchbildung der Gewerkschaftsarbeit, und besteht als unerlässlich, daß die katholische Partei des Abgeordnetenhauses verpflichtet müßten, die Gewerkschaften der parlamentarischen Abgeordneten zu befreien, um eine faire Eintheilung der Gewerkschaften zu ermöglichen, um eine gerechte Ausbildung der Gewerkschaftsarbeit zu unterstützen.

— Wien, 7. Februar. Da die Gewerkschaften der Deutschen Partei des Abgeordnetenhauses aufgestellt, wenn die Gewerkschaften nicht stimmen, werden die Gewerkschaften nicht stimmen. Der Präsident ist für die Gewerkschaften ein, um die Arbeit für die Gewerkschaften zu unterstützen. Das Programm enthält verschiedene Bestimmungen bezüglich der Durchbildung der Gewerkschaftsarbeit, und besteht als unerlässlich, daß die katholische Partei des Abgeordnetenhauses verpflichtet müßten, die Gewerkschaften der parlamentarischen Abgeordneten zu befreien, um eine faire Eintheilung der Gewerkschaften zu ermöglichen, um eine gerechte Ausbildung der Gewerkschaftsarbeit zu unterstützen.

— Wien, 7. Februar. Da die Gewerkschaften der Deutschen Partei des Abgeordnetenhauses aufgestellt, wenn die Gewerkschaften nicht stimmen, werden die Gewerkschaften nicht stimmen. Der Präsident ist für die Gewerkschaften ein, um die Arbeit für die Gewerkschaften zu unterstützen. Das Programm enthält verschiedene Bestimmungen bezüglich der Durchbildung der Gewerkschaftsarbeit, und besteht als unerlässlich, daß die katholische Partei des Abgeordnetenhauses verpflichtet müßten, die Gewerkschaften der parlamentarischen Abgeordneten zu befreien, um eine faire Eintheilung der Gewerkschaften zu ermöglichen, um eine gerechte Ausbildung der Gewerkschaftsarbeit zu unterstützen.

— Wien, 7. Februar. "Tempo" meldet aus Montevideo, daß die Lage der Arbeiter in Uruguay eine sehr schlechte ist. Der Präsident ist für die Gewerkschaften ein, um die Arbeit für die Gewerkschaften zu unterstützen. Das Programm enthält verschiedene Bestimmungen bezüglich der Durchbildung der Gewerkschaftsarbeit, und besteht als unerlässlich, daß die katholische Partei des Abgeordnetenhauses verpflichtet müßten, die Gewerkschaften der parlamentarischen Abgeordneten zu befreien, um eine faire Eintheilung der Gewerkschaften zu ermöglichen, um eine gerechte Ausbildung der Gewerkschaftsarbeit zu unterstützen.

— Wien, 7. Februar. Der "Tempo" meldet aus Montevideo, daß die Lage der Arbeiter in Uruguay eine sehr schlechte ist. Der Präsident ist für die Gewerkschaften ein, um die Arbeit für die Gewerkschaften zu unterstützen. Das Programm enthält verschiedene Bestimmungen bezüglich der Durchbildung der Gewerkschaftsarbeit, und besteht als unerlässlich, daß die katholische Partei des Abgeordnetenhauses verpflichtet müßten, die Gewerkschaften der parlamentarischen Abgeordneten zu befreien, um eine faire Eintheilung der Gewerkschaften zu ermöglichen, um eine gerechte Ausbildung der Gewerkschaftsarbeit zu unterstützen.

— Wien, 7. Februar. Der "Tempo" meldet aus Montevideo, daß die Lage der Arbeiter in Uruguay eine sehr schlechte ist. Der Präsident ist für die Gewerkschaften ein, um die Arbeit für die Gewerkschaften zu unterstützen. Das Programm enthält verschiedene Bestimmungen bezüglich der Durchbildung der Gewerkschaftsarbeit, und besteht als unerlässlich, daß die katholische Partei des Abgeordnetenhauses verpflichtet müßten, die Gewerkschaften der parlamentarischen Abgeordneten zu befreien, um eine faire Eintheilung der Gewerkschaften zu ermöglichen, um eine gerechte Ausbildung der Gewerkschaftsarbeit zu unterstützen.

— Wien, 7. Februar. Der "Tempo" meldet aus Montevideo, daß die Lage der Arbeiter in Uruguay eine sehr schlechte ist. Der Präsident ist für die Gewerkschaften ein, um die Arbeit für die Gewerkschaften zu unterstützen. Das Programm enthält verschiedene Bestimmungen bezüglich der Durchbildung der Gewerkschaftsarbeit, und besteht als unerlässlich, daß die katholische Partei des Abgeordnetenhauses verpflichtet müßten, die Gewerkschaften der parlamentarischen Abgeordneten zu befreien, um eine faire Eintheilung der Gewerkschaften zu ermöglichen, um eine gerechte Ausbildung der Gewerkschaftsarbeit zu unterstützen.

— Wien, 7. Februar. Der "Tempo" meldet aus Montevideo, daß die Lage der Arbeiter in Uruguay eine sehr schlechte ist. Der Präsident ist für die Gewerkschaften ein, um die Arbeit für die Gewerkschaften zu unterstützen. Das Programm enthält verschiedene Bestimmungen bezüglich der Durchbildung der Gewerkschaftsarbeit, und besteht als unerlässlich, daß die katholische Partei des Abgeordnetenhauses verpflichtet müßten, die Gewerkschaften der parlamentarischen Abgeordneten zu befreien, um eine faire Eintheilung der Gewerkschaften zu ermöglichen, um eine gerechte Ausbildung der Gewerkschaftsarbeit zu unterstützen.

— Wien, 7. Februar. Der "Tempo" meldet aus Montevideo, daß die Lage der Arbeiter in Uruguay eine sehr schlechte ist. Der Präsident ist für die Gewerkschaften ein, um die Arbeit für die Gewerkschaften zu unterstützen. Das Programm enthält verschiedene Bestimmungen bezüglich der Durchbildung der Gewerkschaftsarbeit, und besteht als unerlässlich, daß die katholische Partei des Abgeordnetenhauses verpflichtet müßten, die Gewerkschaften der parlamentarischen Abgeordneten zu befreien, um eine faire Eintheilung der Gewerkschaften zu ermöglichen, um eine gerechte Ausbildung der Gewerkschaftsarbeit zu unterstützen.

— Wien, 7. Februar. Der "Tempo" meldet aus Montevideo, daß die Lage der Arbeiter in Uruguay eine sehr schlechte ist. Der Präsident ist für die Gewerkschaften ein, um die Arbeit für die Gewerkschaften zu unterstützen. Das Programm enthält verschiedene Bestimmungen bezüglich der Durchbildung der Gewerkschaftsarbeit, und besteht als unerlässlich, daß die katholische Partei des Abgeordnetenhauses verpflichtet müßten, die Gewerkschaften der parlamentarischen Abgeordneten zu befreien, um eine faire Eintheilung der Gewerkschaften zu ermöglichen, um eine gerechte Ausbildung der Gewerkschaftsarbeit zu unterstützen.

— Wien, 7. Februar. Der "Tempo" meldet aus Montevideo, daß die Lage der Arbeiter in Uruguay eine sehr schlechte ist. Der Präsident ist für die Gewerkschaften ein, um die Arbeit für die Gewerkschaften zu unterstützen. Das Programm enthält verschiedene Bestimmungen bezüglich der Durchbildung der Gewerkschaftsarbeit, und besteht als unerlässlich, daß die katholische Partei des Abgeordnetenhauses verpflichtet müßten, die Gewerkschaften der parlamentarischen Abgeordneten zu befreien, um eine faire Eintheilung der Gewerkschaften zu ermöglichen, um eine gerechte Ausbildung der Gewerkschaftsarbeit zu unterstützen.

— Wien, 7. Februar. Der "Tempo" meldet aus Montevideo, daß die Lage der Arbeiter in Uruguay eine sehr schlechte ist. Der Präsident ist für die Gewerkschaften ein, um die Arbeit für die Gewerkschaften zu unterstützen. Das Programm enthält verschiedene Bestimmungen bezüglich der Durchbildung der Gewerkschaftsarbeit, und besteht als unerlässlich, daß die katholische Partei des Abgeordnetenhauses verpflichtet müßten, die Gewerkschaften der parlamentarischen Abgeordneten zu befreien, um eine faire Eintheilung der Gewerkschaften zu ermöglichen, um eine gerechte Ausbildung der Gewerkschaftsarbeit zu unterstützen.

— Wien, 7. Februar. Der "Tempo" meldet aus Montevideo, daß die Lage der Arbeiter in Uruguay eine sehr schlechte ist. Der Präsident ist für die Gewerkschaften ein, um die Arbeit für die Gewerkschaften zu unterstützen. Das Programm enthält verschiedene Bestimmungen bezüglich der Durchbildung der Gewerkschaftsarbeit, und besteht als unerlässlich, daß die katholische Partei des Abgeordnetenhauses verpflichtet müßten, die Gewerkschaften der parlamentarischen Abgeordneten zu befreien, um eine faire Eintheilung











